



STÖRMANÖVER an der HEIMATFRONT

KRIEG BEGINNT HIER – WIDERSTAND AUCH



VOIRWORT

„Seit Herbst 2012 wird auf dem Gefechtsübungszentrum Altmark eine komplette Großstadt gebaut, das „Urbane Kampfzentrum Schnöggersburg“. Hier werden die Kriege der Zukunft vorbereitet und trainiert. Die Ausstellung zeigt Texte, Bilder und Installationen eines antimilitaristischen Künstler_innen-Kollektivs aus dem Wendland.“, heißt es in der Ankündigung.

Die Ausstellung gliedert sich in fünf Hauptteile: *die Räume*, in denen neben den zahlreichen Installationen jeweils mehrere eigene Thementafeln zu sehen sind.

In dieser Broschüre sind die Texte der Ausstellung abgedruckt.

Mai 2013, Meuchefitz

Die ZEITAFEL

Als weitere Teil zum Thema „Widerstand“ läuft die *Zeittafel zur Entwicklung anti-militaristischer Aktionen in der BRD seit 2006* einmal quer durch die Broschüre. Die farbliche Kennzeichnung für die Einordnung in die Themen, auf die sich die Aktionen jeweils bezogen, konnten hier leider nicht wiederaufgenommen werden. Diese waren:

Aktionen gegen Bundeswehr und Nato

Aktionen gegen Rüstungsunternehmen

Aktionen gegen Zivil-Militärische Zusammenarbeit

Aktionen gegen Militarismus allgemein

Diese Aufzählung ist bei weitem nicht vollständig. Der Widerstand gegen Krieg und Militarismus ist so alt wie der Krieg selbst. Die Dokumentation reicht nicht weiter zurück, da uns nicht die nötigen Quellen zur Verfügung standen. Auch im erfassten Zeitraum sind längst nicht alle Aktionen dokumentiert. Viele Sammlungen sind erst in den letzten Jahren entstanden. Gerade kleinere Interventionen werden oft nicht, oder nur regional wahrgenommen. Auch wenn in den letzten Jahren eine deutliche Steigerung antimilitaristischer Aktivitäten in der BRD zu verzeichnen ist, scheint angesichts der globalen Lage alles was läuft immer noch 1000x zu wenig!

INHALT:

KRIEG UND MILITARISMUS

Krieg, Macht und Herrschaft	2
Krieg und Patriarchat	2
Krieg und Rassismus, Neokolonialismus	3
Krieg und Kapitalismus	4
Weltkarte: militärische Auseinandersetzungen	4

ASPEKTE DER MILITARISIERUNG

zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMZ)	6
Militarisierung des Alltags	6
Rüstungsindustrie	7
Aufstandsbekämpfung	8

WIDERSTAND

Pazifismus und Antimilitarismus in der BRD	9
Möglichkeiten des Widerstandes	11
Beispiele anti- militaristischer Kampagnen	12

GefechtsÜbungszentrum Altmark

GÜZ allgemein	14
Geschichte: TÜP Altmark	14
der „Heide-Kompromiss“	14
Umwelt-Aspekte	14
Schnöggersburg	15
AGDUS (Ausbildungsgerät Duellsimulator)	15
Drohnen	16

WAR-STARTS-HERE-CAMP

Camp	16
Aktionstag	17
Comic	18



WAR STARTS HERE
LET'S STOP IT HERE



KRIEG UND MILITARISMUS

Krieg, Macht und Herrschaft

Die Logik des Krieges

Krieg erklärt Gewalt zum legitimen Mittel gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Dabei gehen Macht und Herrschaft auch in „Friedenszeiten“ grundsätzlich mit Gewalt einher. Entweder um diese zu erlangen, oder um sie aufrecht zu erhalten. Der Staat beansprucht dabei für sich ein „Gewaltmonopol“: Gewalt wird als notwendig betrachtet, solange diese von „Sicherheitskräften“ ausgeübt wird. Gewalt ist somit gesellschaftlich immanent in der Herrschaft von Menschen über Menschen (und nicht menschlichen Lebewesen) begründet. Dabei ist Krieg keine Ausnahme sondern eine ihrer wesentlichen Ausdrucksformen – wenn nicht gar ihr entscheidender „Motor“. Die Vorstellung vom „Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ (General Carl von Clausewitz) weicht dabei zunehmend einem permanenten, räumlich entgrenztem Kriegszustand. Immer häufiger finden bewaffnete Konflikte nicht zwischen regulären Armeen statt, sondern folgen einer „asymmetrischen“ Kriegsführung (z.B. „extralegale Tötungen“ durch Drohnenangriffe) und richten sich gegen nicht-staatliche Akteure. Der 2001 proklamierte „war on Terror“ zeichnet ein diffuses globales Bedrohungsszenario durch „Extremist_innen“ und islamistisch motivierten Terrorismus, welches dazu geeignet scheint, nahezu jedes militärische Vorgehen dauerhaft zu rechtfertigen.

Feindbilder

Nichts legitimiert die Herrschaft der Gewalt so sehr wie die Existenz eines Feindes der die „eigenen“ Interessen bedroht. Beispielsweise trug die vermeintliche „Erbfeindschaft“ zu Frankreich dazu bei, die deutsche Bevölkerung für 2 Weltkriege in kürzester Folge zu begeistern. Feindbilder dienen aber nicht nur der Akzeptanzschaffung für gewaltsames Vorgehen gegen die vermeintlichen Gegner_innen, sondern auch der Stärkung des „inneren“

Zusammenhaltes einer Gemeinschaft, sowie der Konstruktion ihrer kollektiven Identität selbst. So erzeugt das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Nation, oder einem Volk immer auch selber Ausschluss und Ausgrenzung. Egal ob Antisemitismus, Rassismus, oder Islamophobie, Feindbilder folgen stets den gleichen Mechanismen.

Krieg und Patriarchat

Militarismus und Männlichkeitsbilder

Diese Mechanismen von Herrschaft, Ausgrenzung und Gewalt beziehen sich insbesondere auch auf das gesellschaftliche Geschlechterverhältnis. Dem Militär kommt durch die staatliche Legitimierung und Legalisierung von Gewalt als Machtinstrument ein enormer Teil der Formung und Aufrechterhaltung einer Gewalt ausübenden Männerrolle zu. Das Militär bildet dabei den Prototyp des elitären Männerbundes. Egal ob studentische Verbindung, Loge oder Schützenverein - stets sind es „soldatische Tugenden“ wie Treue, Ehre, Vaterlandsliebe und militaristische Rituale von Initiierung, Kampf und Unterwerfung die die Gemeinschaft zusammenschweißen. Das in diesem „wir“ aus identitätsstiftender Gewalt, das vermeintlich schwache Geschlecht in den Reihen der Auserwählten sowenig Platz hat, wie ein aufgeklärtes Bild von Homo- und Intersexualität, versteht sich fast von selbst.

sexuelle Gewalt als Kriegsstrategie

In aller Regel sind es bewaffnete Männerhorden, die kämpfen um den Herrschafts- und Besitzanspruch der jeweils anderen Männer zu brechen. Dieser Herrschafts- und Besitzanspruch beinhaltet sowohl die Verfügungsgewalt, als auch eine Schutzmaßnahme über die „eigenen“ Frauen. Vergewaltigungen und sexuelle/sexualisierte Erniedrigungen gegen Zivilistinnen, Soldatinnen aber auch gegen männliche Kriegsgefangene in ausnahmslos jedem Kriegsgebiet dieser Erde sind kein zufälliges auftretendes „Phänomen“, sondern Ausdruck dieser dem Militarismus inne-wohnenden Gewaltverhältnisse und seiner bipolaren Geschlechterordnung.

2006

21.01: München, Strassen Umbenennung und Kriegerdenkmal mit Farbe markiert.

03.02: München, 4000 Menschen Demonstrieren gegen die NATO Sicherheitskonferenz.

03.10: Berlin, Brandanschlag auf Fahrzeug der Firma Siemens.

30.11: Köln, 30 Aktivist_innen stören Bundeswehr-Veranstaltung in Arbeitsamt.

2007

26.01: Hamburg, Brandanschlag auf Auto

von Thyssen-Krupp Manager H. Aly, Auto und Wohnhaus von Thyssen-Krupp Manager W. Klausmann mit Farbe markiert.

09.02: München, 4000 Menschen Demonstrieren gegen die NATO Sicherheitskonferenz.

08.02: Berlin, Glasbruch und Farbe an Gebäude der Firma SAP, Bertelsmann-Stiftung, katholisches Militärpfarramt, Wohnhaus von Waffenschieber Dr. Elmar Rauch.

01.04: Berlin, Brandanschlag auf Fahrzeug der Firma Siemens.

Frauen in der Armee

So sehr dies auch vordergründig der patriarchalen Immanenz des Militarismus entgegen steht, waren Frauen von jeher auch aktiv in die Kriegsmaschinerie eingebunden. Als Arbeiterinnen in der Rüstungsindustrie, in der militärischen Verwaltung, als Sanitäterinnen auch auf dem Schlachtfeld. Stets wurden dabei Ideologie und Propaganda den ökonomischen Notwendigkeiten des Krieges angepasst. Seit dem Jahr 2000 dürfen Frauen bei der Bundeswehr auch den Dienst an der Waffe versehen. Unter dem Stichwort „Wehrgerechtigkeit“ wurde dieser Schritt der Öffentlichkeit als Akt der geschlechtlichen Gleichberechtigung inszeniert. Ohne Zweifel ist es ein langer Weg gewesen, bis eine nach wie vor patriarchal zugerichtete Gesellschaft das Gewaltmonopol aus der Männer-Hand gibt und Frauen im Dienst des Staates unter Waffen stellt, nur mit Emanzipation hat das ganze rein gar nichts zu tun. Zudem stellt sich die Frage, ob einem Befehl (z.B. zum Töten) zu gehorchen überhaupt ein Recht im engeren Sinne ist.

Krieg und Rassismus, Neokolonialismus

Krieg als Kulturkampf

Zur Vorstellung von der Notwendigkeit militärischer Intervention aus „humanitären“ Gründen, also durch Krieg die Grundlagen einer nachhaltigen Entwicklungspolitik für das jeweilige Land gestalten zu wollen, oder z.B. Frauenrechte durchzusetzen, bedarf es bereits einer gewaltigen Portion Kultur-Chauvinismus und des Glaubens an die Überlegenheit der eigenen Werte und Moralvorstellungen. Unabhängig davon, ob diese religiös oder weltlich intendiert sind. Krieg kommt immer auch als Kulturkampf (Gut gegen Böse) daher. Die Phrase vom humanitären Kriegseinsatz, die seit dem Jugoslawien-Einsatz der Bundeswehr ins feste Repertoire der BRD Kriegspropaganda gehört, unterscheidet sich in ihrem Hegemonialanspruch nur unwesentlich von der eines „heiligen Krieges“, oder der „Zivilisierung der Wilden“. Der seit 2001 weltweit proklamierte „Krieg gegen den

Terrorismus“ stellt in dieser Hinsicht weniger eine Zäsur dar, sondern ist die konsequente Fortsetzung dieser Logik. Islamophobie, Rassismus und neokoloniales Denken bereiten den Boden für die Akzeptanz von Krieg als Mittel der gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

Krieg als Folge (post)kolonialer Ausbeutung

Der überwiegende Teil aller militärischen Auseinandersetzungen weltweit findet in der sogenannten „Dritten Welt“, also den Ländern des globalen Südens statt und ist direkte Folge der (post)kolonialen Ausbeutung durch die reichen Industriestaaten. Hunger, Armut und Elend großer Teile der Weltbevölkerung sind weder selbstverschuldet, noch ein Naturgesetz. Diese Ungleichheit muss gewaltsam herbeigeführt, und militärisch gesichert werden. Zumeist handelt es sich dabei um vordergründig innerstaatliche Auseinandersetzungen, von der militärischen Bekämpfung oppositioneller oder aufständischer Gruppen hin zum offenen Bürgerkrieg. Doch auch etliche zwischenstaatliche Grenzkonflikte und ethnische Auseinandersetzungen auf der Welt sind direkte nachfolgen der europäischen Kolonialpolitik des 19. Jahrhunderts, die sich bis heute in NATO Konzepten wie „nation-building“ (Jugoslawien) fortsetzt. Ethnisch und rassistisch motivierte Vertreibungen einzelner Bevölkerungsgruppen gehören in vielen Kriegsgebieten zum Alltag. Zudem verursachen die physische und psychische Gewalt die mit jedem Krieg einhergeht, sowie die wirtschaftlichen und humanitären Folgen für die Zivilbevölkerung immer auch Flüchtlinge die keiner Konfliktpartei zugehörig sind. Die Länder des globalen Nordens schotten sich gegen diese „Flüchtlingsströme“ ab und betreiben eine zunehmende Militarisierung ihrer Außengrenzen: Sowohl an den Küsten Südeuropas, wie auch an der Grenze zwischen USA und Mexiko sind in den letzten zehn Jahren gigantische Sperranlagen errichtet worden. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex organisiert gemeinsam mit Polizei und Militär einen „Abwehrkrieg“ gegen Flüchtlinge und führt dabei auch Operationen außerhalb des EU Hoheitsgebietes durch.

01.06: Kystritzer Heide, Antimilitarist_innen Besetzen das „Bombodrom“ Gelände, militärische Anlagen mit Farbe markiert.
05.06: Rostock, 2000 Menschen demonstrieren auf dem antimil. Aktionstag zum G8 Gipfel.
08.06: Berlin, Brandanschlag auf Fahrzeug der Firma Telekom.
25.06: Berlin, Brandanschlag auf mehrere Fahrzeuge der Post.
29.06: Köln, 60 Menschen stören BW-Auftritt in Arbeitsamt, Gebäude mit Farbe markiert.

31.07: Brandenburg, (versuchter) Brandanschlag auf mehrere Bundeswehr-LKW.
18.11: Berlin, Turnvater Jahn Statue mit Farbe markiert.
12.12: Hamburg, Brandanschlag auf 3 Bundeswehr-LKW.

2008

09.02: München, 7000 Menschen demonstrieren gegen die Nato-Sicherheitskonferenz.
09.02: Husum, Bundeswehrzug durch Annett-Aktion blockiert.

ökonomische Interessen

Egal wie ideologisch, ethnisch oder religiös die einzelnen Konflikte auch aufgeladen sind, geht es im Krieg letztlich immer um die Durchsetzung wirtschaftlicher (und politischer) Interessen einiger Weniger und nicht um die Befreiung oder den Schutz der Bevölkerung in den besetzten oder angeblich befreiten Ländern. So auch in Mali wo sich noch ein langer NATO-Einsatz anzubahnen scheint, bei dem es nur vordergründig um die „Befreiung des Nordens von den Islamisten“ geht, sondern vielmehr um die Kontrolle über riesige Mengen von unterirdischen Ressourcen in Form von Gas-, Öl- und Uranvorkommen. Neben der Rohstoffsicherung, folgt die Ökonomie des Krieges jedoch auch einem Selbstzweck: Betätigungsfelder für Söldnerarmeen und Private Sicherheitsunternehmen, Testmöglichkeiten für neues Kriegsgerät, Milliarden-Gewinne für die Rüstungsindustrie. Im Optimalfall wird einfach an beide beteiligte Seiten geliefert. Ganze Regionen werden destabilisiert um das Geschäft mit dem Krieg am laufen zu halten. Doch auch der Wiederaufbau eines zuvor vom Krieg zerstörten Landes ist ein gewinnbringendes Geschäft: Die US-Regierung z.B. hat schon 3 Monate vor Beginn des letzten Irakkrieges Bauaufträge für Schulen, Krankenhäuser, Straßen, Brücken usw. vergeben obwohl es diese Gebäude bzw. Infrastruktur noch gab oder etwas anderes an diesen Stellen stand.

Geo-strategische Interessen

Eine weitere wichtige Rolle spielen in der neoliberalen Welt-Kriegs-Ordnung der NATO die geo-strategischen Aspekte. Handelswege müssen geschützt und freigehalten werden. So führt die NATO z.B. unter der Beteiligung der Bundeswehr seit 2008 im Golf von Aden die anti-Piraten Operation 'Atalanta' durch. Ein hochgerüsteter Seekrieg gegen somalische Fischer und Bauern die durch Krieg und ökonomische Ausplünderung (z.B. durch die „Überfischung“ der afrikanischen Küste durch die Fangflotten der EU oder

durch Auflagen des IWF) ihrer Lebensgrundlagen beraubt wurden und in der Hoffnung auf ein Lösegeld der Reedereien Jagd auf die Frachter mit den begehrten Rohstoffen aus dem schwarzen Kontinent auf ihrem Weg nach Norden machen. Doch es geht nicht allein um die Sicherung von Handelsrouten: Die Aufrechterhaltung einer Wirtschaftsordnung, die für die meisten Menschen dieses Planeten keinerlei Perspektive bereithält, erfordert ein dauerhaft militärisches Krisenmanagement. Der weltweit ungehinderte Zugriff auf Ressourcen und Märkte, den die Staaten der NATO für sich beanspruchen, muss (zumindest als Bedrohungsszenario) jederzeit militärisch durchsetzbar sein. Die globale Einsatzfähigkeit wird durch ein Netz an Militärstützpunkten garantiert. Über strategische „Brückenköpfe“ in Konfliktregionen wahrt die NATO ihren regionalen Einfluss und kann im Zweifelsfall militärisch intervenieren.

Weltkarte

Militärische Auseinandersetzungen

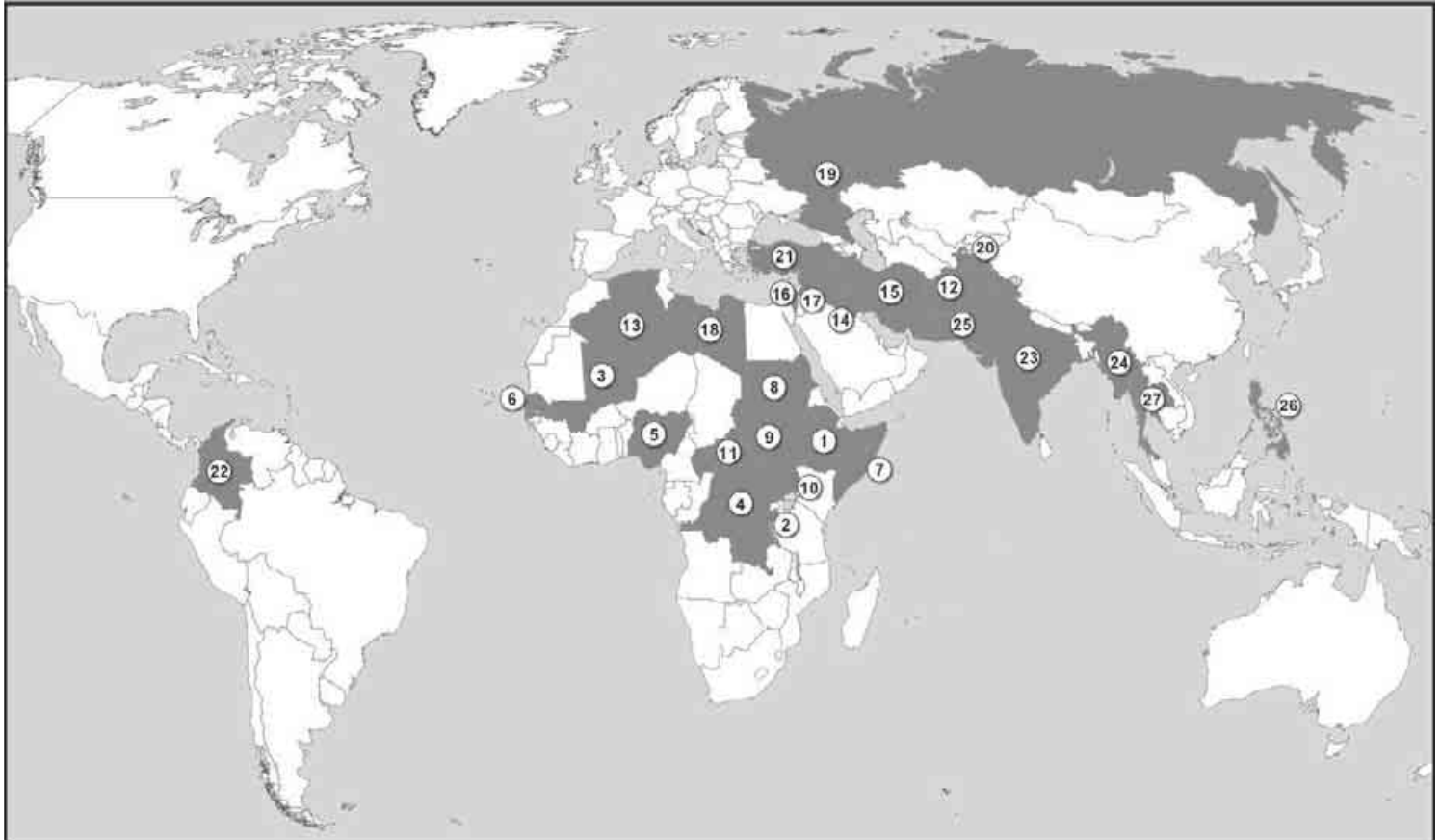
Im Jahr 2012 fanden weltweit 34 Kriege und so genannte 'bewaffnete Konflikte' statt. Nicht aufgeführt sind hier 'Kriege niedriger Intensität' (wie z.B. in Chiapas/Mexiko) oder Länder, die an einem Krieg in anderen Ländern beteiligt sind, also exterritoriale Kriege (z.B. die USA, Deutschland und andere NATO-Staaten, etc.). Allein in Afghanistan Krieg sind mittlerweile Truppen aus über 40 Nationen stationiert.

Von Krieg wird in dieser Aufzählung gesprochen, wenn die Gruppen, die gegeneinander kämpfen, organisiert sind und konkrete Kriegspläne haben mindestens auf einer Seite Streitkräfte der Regierung beteiligt sind die Kriegshandlungen über einen längeren Zeitraum dauern.

Diese Daten sind vom Dezember 2012 und stammen von der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung in Hamburg.

07.04: Hannover, Brandanschlag auf Fahrzeuge der Firma Hako.	03.05: Mittenwald, mehrere hundert Aktivist_innen demonstrieren gegen Gebirgsjägertreffen.	08.08: Berlin, Brandanschlag auf Fahrzeug der Firma Siemens.	markiert.
14.04: Köln, 40 Aktivist_innen stören Bundeswehrkonzert in der Stadthalle.	22.04: Hamburg, Kriegerdenkmal mit Farbe markiert.	01.09: Berlin, Anti-militarist_innen blockieren eine Veranstaltung des Sonderforschungsbereiches SFB 700 und des Auswertigen Amtes im DGB Haus.	11.11: Berlin, Kriegerdenkmal mit Farbe markiert.
03.06: Lemgo, 170 Aktivist_innen stören öffentliche Verabschiedung der Truppe.	22.04: Hannover, Kriegerdenkmal mit Farbe markiert.	11.11: Gräfenberg, Kriegerdenkmal mit Farbe markiert.	11.11: Ohlsdorf, Kriegerdenkmal mit Farbe markiert.

Länder in denen 2012 Kriege stattfanden



Afrika: 13 Kriege

- (13) Algerien
- (1) Äthiopien
- (2) Burundi
- (3) Mali
- (4) Demokratische Republik Kongo
- (18) Libyen
- (5) Nigeria
- (6) Senegal

(7) Somalia

(8) Sudan (im Sudan finden 2 Kriege statt)

(9) Südsudan

(10) Uganda

(11) Zentralafrikanische Republik

Vorderer und Mittlerer

Orient: 9 Kriege

- (12) Afghanistan
- (14) Irak
- (15) Iran (Kurdistan)
- (16) Israel (Palästina)
- (17) Syrien
- (19) Russland (Nordkaukasus)
- (20) Tadschikistan
- (21) Türkei (Kurdistan)

Amerika: 1 Krieg

(22) Kolumbien

Asien: 9 Kriege

- (23) Indien (in Indien herrschen derzeit sogar 4 Kriege)
- (24) Myanmar
- (25) Pakistan
- (26) Philippinen (2)
- (27) Thailand

15.12: Magdeburg, verklebt Schlösser, Farbe, platte Reifen an 3 Bundeswehr-Fahrzeugen.
 22.12: München, Kreiswehersatzamt mit Farbe markiert.
 28.12: München, mehrere Kriegerdenkmäler mit Farbe markiert.

2009

14.01: München, Glasbruch und Farbe an DHL-Paket-Stationen.
 19.01: Berlin, Brandanschlag auf DHL-Transporter.
 21.01: Berlin, Brandanschlag auf DHL-

Transporter.
 25.01: Berlin, Brandanschlag auf DHL-Transporter.
 28.01: Wuppertal, DHL-Briefkästen mit Farbe markiert.
 01.02: Potsdam, Bundeswehrgebäude und Fachhochschule mit Farbe markiert.

02.02: Hamburg, Glasbruch und Farbe bei Firma Northrop Grumman.
 02.02: Kiel, Glasbruch und Farbe bei Firma Marine Logistics.
 07.02: München, 6000 Menschen demonstrieren gegen die NATO Sicherheitskonferenz.

18.02: Göttingen, Kriegsdenkmäler mit Farbe markiert.
 19.02: Wuppertal, DHL-Paketstation mit Farbe markiert.
 26.02: Burg, Brandanschlag auf 3 Bundeswehr-Transporter.
 01.03: Berlin, DHL-Filiale mit Farbe

markiert.
 09.03: Nürnberg, DHL-Packstationen mit Farbe markiert.
 10.03: Mannheim, Bismarckstatue mit Farbe markiert.
 12.03: Hamburg, Brandanschlag auf 5 DHL-Transporter.

13.03: Berlin, Brandanschlag auf Bundeswehr-Fahrzeug.
 17.03: Berlin, DHL-Briefkästen mit Farbe markiert.
 18.03: Karlsruhe, Brandanschlag auf 3 DHL-Transporter.
 21.03: Berlin, Brandanschlag auf 3 Siemes-

Fahrzeuge.
 03.04: Berlin, Brandanschlag auf Fahrzeug der Deutschen Bahn.
 03.04: Mannheim, DHL-Filiale mit Farbe markiert.
 04.04: Strassbourg (F)/Kehl, 30.000 Menschen demonstrieren gegen die Feierlich-

keiten zum 60. jährigen Bestehen der NATO.
 04.04: Berlin, Glasbruch und Farbe bei Firma Bombardier.
 04.04: Berlin, Glasbruch und Farbe bei Dt. Institut für internationale Politik.
 04.04: Berlin, Glasbruch und Farbe bei

Zentrum für internationale Friedenseinsätze.
 06.04: Berlin, Glasbruch bei Firma SAP.
 07.04: Berlin, militante Spontis und Brandsätze u.a. gegen Firma SAP.
 13.04: Dresden, Brandanschlag auf 42 Bundeswehr-Fahrzeuge.

23.04: Solingen, Museum „Baden“ mit Farbe markiert.
 26.04: Bremen, Brandanschlag auf 4 DHL-Transporter.
 27.04: Berlin, DHL Packetstation mit Farbe markiert.
 27.04: Mittenwald, Gebirgsjäger Denkmal

mit Farbe markiert.
 05.05: Bremen, Werbeposter der Firma EADS (Airbus) mit Farbe markiert.
 09.05: Heilbronn, Brandanschlag auf Bundeswehr-LKW.
 14.05: Berlin, Glasbruch und zerstochene Reifen an 4 Fahrzeugen der Deutschen

ASPEKTE DER

MILITARISIERUNG

ZIVIL - MILITÄRISCHE ZUSAMMENARBEIT

„vernetzte Sicherheit“

Gehörte die strikte Trennung militärischer und ziviler Strukturen in den Anfangsjahren der Bundesrepublik noch zu den Grundlehren aus der deutschen Geschichte, folgt die heutige Sicherheitsarchitektur zunehmend dem Konzept einer „vernetzten Sicherheit“. Dies gilt sowohl für den Einsatz der Bundeswehr im Inneren, als auch für den Dienst „ziviler“ Beamter (z.B. Polizist_innen) in Kriegseinsätzen im Ausland. Die Bundeswehr übernimmt Aufgaben des Zivilschutzes im Katastrophenfall, oder leistet Amtshilfe bei polizeilichen Großlagen wie den Castortransporten nach Gorleben, der NATO-Sicherheitskonferenz in München, oder 2007 dem G8 Gipfel in Heiligendamm. 2012 wurden die Beschränkungen für den Militäreinsatz im Inland weiter gelockert, so dass auch ein Bewaffneter Einsatz der Bundeswehr im inneren rechtlich möglich wird. Eine wichtige Schnittstelle für das Funktionieren dieser vernetzten Struktur militärischer und ziviler Sicherheitsbehörden stellen die sogenannten „Verbindungskommandos“ dar. Zwischen 2007 und 2010 wurden Bundesweit solche Kommandos auf Landes-, Kreis- und Bezirksebene dauerhaft eingerichtet, um die Zusammenarbeit zwischen Militär, Polizei, Ordnungsamt, THW und anderen Stellen zu koordinieren. Zudem werden seit 2012 sog. „regionale Schutz- und Sicherheitskompanien“ in Dienst gestellt. Diese Heimatschutz-Einheiten bilden sich aus Reservist_innen und unterstehen den jeweiligen Verbindungskommandos. Ihre Aufgabenfelder liegen in den Bereichen Zivilschutz, aber auch in der Objektsicherung militärischer Infrastruktur. Die lange als „Hobbysoldaten“ und „Kulturtruppe“ verhöhnten Reservist_innen der Bundeswehr nehmen im Transformationsprozess zur vernetzten Sicherheit inzwischen eine Schlüsselposition ein.

„public private partnership“ (PPP)

In einem permanenten, räumlich entgrenzten Kriegszustand versucht sich das Militär auf seine Kernaufgaben zu Konzentrieren und darüber hinausgehende Aufgaben an private Unternehmen Auszulagern. Auf diese Weise können Kosten gesenkt und Ressourcen effizienter ausgeschöpft werden. Für den zivilen Partner ergeben sich dafür vielfältige Möglichkeiten von einem boomenden Militärssektor profitieren zu können. Solche PPPs bestehen Beispielsweise im Logistikbereich (DHL, Hellmann, Airbus, u.a.), oder in der technischen Wartung militärischer Anlagen und Fahrzeuge (Telekom, TÜV-Nord, Siemens, u.a.). Nicht nur Personaldienstleistungen sind von dieser Tendenz zum Outsourcing betroffen; über eine PPP mit der deutschen Bahn bietet die Bundeswehr als „BW-Fuhrpark GmbH“ z.B. Teile ihres zivilen Fuhrparks zum Carsharing an. Die gesellschaftlichen Konsequenzen dieser Zusammenarbeit reichen jedoch weit über die ökonomische Dimension hinaus: Sowohl die militärische Durchdringung des zivilen, als auch die zivile Teilhabe am Militärischen dienen, Vorbehalte gegenüber militärischen Strukturen abzubauen und gesellschaftliche Akzeptanz für einen weiterreichenden Prozess von Militarisierung zu schaffen. Durch die „zivile“ Beteiligung wird Kriegsverantwortung breiter verankert und der Kriegszustand normalisiert. Gesellschaftliche Strukturen erfahren eine schleichende autoritäre Transformation.

MILITARISIERUNG DES ALLTAGS

Die Bundeswehr in der Gesellschaft

Die gesellschaftliche Durchdringung durch das Militärische beschränkt sich nicht auf die Strukturen der Sicherheitsbehörden, oder die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit zivilen Unternehmen, sondern ist tief in unserem Alltag und unserer Kultur verankert. In ihrem Bemühen um gesellschaftliche Anerkennung, strebt die Bundeswehr zunehmend in die Öffentlichkeit. Lösten die ersten öffentlichen Gelöbnisse in den 1980er Jahren noch eine breite Empörung in der Bevölkerung aus, sind offen zelebrierte militärische Rituale wie Vereidigungen ,

Bahn.	16.06: Berlin, Brandanschlag auf DHL	Farbe markiert.	Bundeswehr-Fahrzeug.
24.05: Berlin, Brandanschlag auf Fahrzeug der Firma Siemens.	Fahrzeuge.	20.07: Lüneburg, Brandanschlag auf 12	11.08: Hannover, (versuchter) Brandanschlag auf „Rosenpavillon“ vor BW-Sommerbiwak.
06.06: Berlin, „Reichskriegsdenkmal“ mit Farbe markiert.	26.06: Ulm, Brandanschlag auf 4 Bundeswehr-Fahrzeuge.	Fahrzeuge von Post und DHL.	20.07: Berlin, Wiese vorm Reichstag zum öffentlichen Bundeswehr-Gelöbnis mit Unkrautvernichtungsmittel bearbeitet.
11.06: Berlin, Brandanschlag auf 7 DHL-Transporter.	09.07: München, DHL Paketstationen mit Farbe markiert.	29.07: München, Brandanschlag auf	18.08: Berlin, Brandanschlag auf LKW der Firma Siemens.
	20.07: Berlin, Bundeswehr-Busse mit		23.08: Berlin, Brandanschlag auf LKW der

Zapfenstriche und Rückkehrpelle heutzutage Alltag. Auch im vornehmlich zivilen Kultur-, sowie im Leistungssportbereich zeigt die Truppe Präsenz. Das Musikkorps der Bundeswehr tritt auf Stadtfesten, Musikfestivals und Benefizkonzerten ziviler Hilfsorganisationen wie „Kinder in Not“ oder dem „Roten Kreuz“ auf und gibt sich so einen weltoffenen, humanistischen Anstrich. Militaristische Folklore und Wohltätigkeitsveranstaltungen sind dabei aber nicht allein der jüngst vom Verteidigungsminister attestierten „Gier der Soldaten nach Anerkennung“ geschuldet, es geht dabei auch schlicht um Marketing des „Wirtschaftsbetriebes“ Bundeswehr. Mit Abschaffung der Wehrpflicht ist die Bundeswehr darauf angewiesen sich auf dem Berufsmarkt als attraktive Arbeitgeberin zu präsentieren um ihren Bedarf an Soldat_innen zu decken. In TV-Spots und Jugendmagazinen, auf Berufsmessen, in Schulen und auf Arbeitsämtern – die Bundeswehr versucht allerorts das Morden von Menschen zu einem technisch interessanten und abwechslungsreichen Beruf zu erklären.

Militaristische Traditionspflege

Die Bundeswehr begehrt bei der Inszenierung der eigenen Identität den Spagat zwischen militaristischer Traditionspflege in der Kontinuität von Reichswehr und Wehrmacht und einer revisionistischen Geschichtsknitterung zur „Friedenstruppe“ in der Tradition der Staufenberg-Verschörung, oder der Befreiung der NS-Konzentrationslager durch die Alliierten Truppen. Ein gutes Beispiel für die Fortsetzung und Umdeutung militaristischer Rituale ist der sog. „Volkstrauertag“ (sowie auch die Arbeit des Volksbundes der Deutschen Kriegsgräberfürsorge). An den Ehrenmählern der gefallenen Deutschen Soldaten beider Weltkriege (die als Wirkstätten der Täter_innen errichtet wurden und den militaristischen Zeitgeist bis in die Gegenwart transportieren), findet das ehemalige „Heldengedenken“ – damals noch von den Nationalsozialisten zum gesetzlichen Feiertag erklärt – heute unter anderen Vorzeichen statt: Der Trauerdiskurs wird auf die „Opfer des Krieges“ ausgeweitet, unter denen die Toten

aller kriegsbeteiligten Staaten sowie der Shoha subsumiert werden. Was auf den ersten Blick ein aufgeklärtes Verhältnis zur deutschen Geschichte suggeriert, ist so ziemlich das genaue Gegenteil: Täter_innen- und Opferrollen werden auf diese Weise unsichtbar gemacht, deutsche Schuld an Krieg und Holocaust relativiert.

Rüstungsexporte

Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt (nach USA und Russland). Allein das größte deutsche Rüstungsunternehmen EADS verkaufte 2011 Rüstungsgüter im Wert von 16,39 Milliarden US-\$ (¼ des Gesamtumsatzes). Im gleichen Zeitraum erteilte die Bundesregierung Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter im Wert von insgesamt 5,414 Milliarden Euro. Deutlich zugenommen haben auch die Kriegswaffenexporte in Länder, die weder der EU noch der NATO angehören. Lieferte Deutschland 2002 noch Waffen im Wert von 2,8 Millionen Euro an sogenannte „Drittstaaten“, waren es 2011 bereits 842,8 Millionen. Damit haben deutsche Rüstungsunternehmen ihre Exporte von Kriegsgerät in Drittstaaten in den letzten zehn Jahren um etwa das 300-fache gesteigert. Häufig gelangen die Waffen von dort auch in Staaten und Kriegsgebiete, für die ein Ausfuhrverbot durch die Bundesregierung besteht.

militärische Forschung an Universitäten und Hochschulen

Mit der Umstrukturierung der Bundeswehr zur Armee im Einsatz haben sich für die Bundeswehr eine Vielzahl neuer Aufgaben und Herausforderungen ergeben, die sie alleine nicht mehr schultern kann. Dafür kommt Schützenhilfe aus anderen Ministerien und Budgets. Sozialwissenschaftliche Sonderforschungsbereiche (SFB) etwa sollen Dynamiken in afrikanischen Bürgerkriegen oder Herrschaftsausübung in „Räumen begrenzter Staatlichkeit“ untersuchen. Europäische wie nationale „Sicherheitsforschung“ finanziert die Entwicklung neuer Sensoren, besserer Kommunikations-

Firma MAN. 28.08: Köln, Kriegerdenkmal mit Farbe markiert. 11.09: Berlin, Brandanschlag auf Bundeswehr-Bus. 04.10: Bochum Kriegerdenkmal mit Farbe markiert.	16.10: Bremen, Einrichtungen von DHL und Post mit Farbe markiert. 17.10: Erfurt, DHL Paketstation beschädigt. 17.10: Berlin, Brandanschlag auf Fahrzeuge der Firma Imtech. 19.10: Erfurt, Brandanschlag auf 2 Post-	Fahrzeuge, 2 Paketstationen werden zerstört. 26.10: Berlin, Brandanschlag auf Fahrzeuge der BW-Fuhrparkservice GmbH. 27.10: Berlin, Brandanschlag auf Fahrzeuge der Firma Imtech. 27.10: Hamburg, Brandanschlag auf Fahr-	zeuge der Firma Imtech. 27.10: Berlin, Brandanschlag auf 4 Post-Fahrzeuge. 13.11: Berlin, Brandanschlag auf Bundeswehr-Bus. 16.11: Balingen, Kriegerdenkmal mit Farbe markiert.
---	--	--	--

netzwerke und unbemannter Systeme wie Drohnen. Um den von Verteidigungsminister de Maiziere eingeforderten „größeren intellektuellen Beitrag“ der Universitäten zur Kriegsführung sicherzustellen, drängen Reservisten, Jugendoffiziere und andere aktive Militärs an die Hochschulen; Industrie, die Rüstungslobby und der Reservistenverband sind auf Karrieremessen präsent, organisieren Konferenzen und finanzieren Stiftungsprofessuren. Dabei geht es nicht nur darum, militärische Fragestellungen an zivilen Institutionen zu verankern, sondern auch darum, an der „Heimatfront“ Herzen und v.a. „Köpfe“ zu gewinnen. So zielen etwa die Einsätze von Jugendoffizieren an Hochschule v.a. auf Lehrer, andere sog. „Multiplikatoren“ und sog. „Entscheider“. Ziel ist es, die zukünftige Elite auf Kriegskurs zu bringen und Forschung für die Kriegsführung nutzbar zu machen.

Rüstungslobbyismus und Kriegstreiberei

Das Geschäft mit dem Krieg ist äußerst flexibel und folgt dabei keinen ideologischen Richtlinien; so begann 2012 in Libyen, kurz nach dem Sturz des alten Regimes, unter Beteiligung der deutschen Firma MAN der Bau einer Panzerfabrik deren Verträge bereits unter dem ehemaligen Machthaber Gaddafi ausgehandelt wurden. Immer wieder werden politische Entscheidungen durch Lobbyist_innen der Waffenindustrie beeinflusst. Für Griechenland wurde z.B. die Auszahlung von Hilfstranchen, neben der Umsetzung drastischer Sparmaßnahmen an den Abschluss milliardenschwerer Rüstungsgeschäfte mit Deutschen Unternehmen gebunden. Während die Troika aus EU, EZB und IWF die griechische Bevölkerung weiter in die Armut treibt, bleiben die Staatsausgaben für Militär- und Sicherheitstechnik seit Beginn der Krise 2008 stabil. Griechenland gehört zu den Hauptabnehmern deutscher Rüstungsgüter. 13% aller deutschen Waffenexporte gingen 2010 an den Südeuropäischen Staat. 2011 wurde die Thyssen Krupp Tochter Ferrostaal im Zusammenhang mit einer umfangreichen U-Bootlieferungen wegen Bestechung griechischer Staatsbeamter zu einer Strafe von 140 Millionen Euro verurteilt (zu zahlen allerdings in die deutsche Staatskasse).

AUFSTANDSBEKÄMPFUNG

historische Kontinuität

Grundsätzlich kann Aufstandsbekämpfung als eine Abwehrreaktion der Herrschenden auf revolutionäre Bewegungen verstanden werden. Spätestens seit den Kolonialkriegen hat sie sich kontinuierlich zu einer komplexen Strategie weiterentwickelt. Die breiten Hauptstraßen in europäischen Metropolen, beispielsweise, sind ein Resultat solcher Aufstandsbekämpfungskonzepte (Wendeplatz für Kanonen, Verhinderung von Barrikaden, etc.). Hauptsächlich unter dem Vorwand gegen einen möglichen 'Roll-Back des Kommunismus' vorzugehen, bestand sie ab den 1950er Jahren neben der Ermordung und Folterung von „Staatsfeinden“ (Conter-Guerilla) darin, die westlichen Werte und die Verwertungslogik des Kapitalismus als Alternativlos darzustellen und eine passive Gesellschaft aufzubauen, in der die Leute glauben sollten, dass sie ihre individuellen und kollektiven Ziele am Besten durch die Regierung erreichen können.

Unter dem Schlagwort „Massive Firepower“ führten die USA z.B. in den 80ern eine Reihe von Einsätzen in Mittelamerika durch, um den Befreiungsbewegungen das „Wasser abzugraben“ und die Bevölkerung gefügig zu machen – dieser Doppelstrategie folgt das heutige Konzept der Aufstandsbekämpfung nach wie vor.

Crowd- & Riot-Control (CRC)

Hiermit ist der Einsatz militärischer Gewaltmittel gegen die Zivilbevölkerung z. B. auf Demonstrationen, bei Aufständen oder Streiks gemeint. Auch für die Bundeswehr spielen CRC-Einsätze eine zunehmende Rolle (z.B. im Kosovo, Afghanistan). Um im urbanen Raum einsatzfähig zu sein, werden CRC-Einheiten gebildet und mit „weniger tödlichen Waffen“ (z.B. Gummigeschossen, Schallwaffen, etc.) ausgerüstet. Insbesondere die Fähigkeit zu selektiven Zerstörungsmaßnahmen und zur Abriegelung ganzer Stadtteile wird ständig weiterentwickelt. Auch innerhalb der EU gab es in den letzten Jahren CRC-Einsätze durch das

27.11: Berlin, Brandanschlag auf Bundeswehr-Fahrzeug.
 01.12: Magdeburg, DHL-Paketstationen mit Farbe markiert und unbrauchbar gemacht.
 04.12: Berlin, Parteibros von CDU und SPD mit Farbe markiert.
 28.12: Balingen, Glasbruch und Farbe an Messehalle vor Bundeswehr-Empfang.
 29.12: Berlin, Glasbruch an 23 Bussen der Firma Dr Richard Herrmann.

2010

29.01: Berlin, Brandanschlag auf 2 Fahrzeuge der Firma Siemens.
 01.02: Berlin, Glasbruch und Farbe an Gebäude von Software-Firma R.O.L.A..
 06.02: München, 3000 Menschen
 22.02: Flensburg, Commerzbank mit Farbe markiert.
 12.03: Berlin, Kriegerdenkmal mit Farbe markiert.
 08.04: Berlin, Glasbruch und Farbe an

Militär. Neben den offen militärischen Gewaltmitteln setzten CRC-Konzepte stets auch auf eine nachrichtendienstliche Komponente: wissenschaftliche Sozialstudien, Spionage, Aufklärungskompetenzen, Medienregulierung und Zersetzungsstrategien begleiten die repressiven Maßnahmen des Militärs hinter den Kulissen.

Aufstandsbekämpfung als Herrschaftsstrategie

Ein zunehmend zentraler Punkt in NATO Einsätzen, bzw. in der Durchsetzung einer Nachkriegsordnung ist die psychologische Aufstandsbekämpfung durch sog. „peacebuilding“. Dabei wird die militärische Operation von parallelen Maßnahmen des zivilgesellschaftlichen Aufbaus begleitet (z.B. durch NGOs). Mit Schulen, Brunnen und Krankenhäusern wird er Krieg um die Köpfe und Herzen der Menschen geführt. Ein weiterer Teil sind die von außen aufgezwungenen Strukturanpassungs-Programme (z.B. durch den IWF) zur Verankerung von neo-liberalen Prinzipien in Politik und Gesellschaft ('Social Engineering'). Peacebuilding verhindert, dass die Menschen selbstbestimmt über ihre Zukunft entscheiden oder sich organisieren können. Ethnische Differenzen werden gestärkt, die Gesellschaft gespalten und ein riesiger lokaler Repressionsapparat geschaffen. Es geht darum, die Menschen zu kontrollieren und ihre Handlungen zu steuern. Was im Irak oder in Afghanistan als Mangel an Plänen für eine Nachkriegsordnung oder als Unvermögen der Durchsetzung erscheint, mag bereits Kern der Sache sein: Aufstandsbekämpfung als ewiges Krisenmanagement könnte zu einem grundsätzlichen Konzept des Regierens werden, in dem es dann nicht mehr um das vorgebliche Beilegen von Konflikten geht, sondern darum, einen einmal erreichten Ausnahmezustand langfristig beizubehalten. Die Destabilisierung einer Gesellschaft schafft dabei auch die Legitimation für andauernde polizeilich-militärische Präsenz und Kontrolle über die Zivilgesellschaft.

Postbank-Filiale. 19.04: Dreusteinfurt, Brandanschlag auf 12 Fahrzeug der Post. 22.04: Brandenburg/Havel, 56 Reifen von Post-Fahrzeugen zerstochen. 07.05: Bremen, Kriegerdenkmal mit Farbe markiert.	09.05: Hamburg, Bundeswehr-Fregatte mit Farbe markiert. 10.05: Berlin, Brandanschlag auf Auto von Bundeswehrsportler Rene Lohse. 19.05: Bad Oeynhaus, Bundeswehr-Fahrzeug und Infotruck mit Farbe markiert. 24.05: Bremen, Deutsches Luft- und	Raumfahrtzentrum (DLR) mit Farbe markiert. 02.06: Kiel, Glasbruch und Buttersäure gegen Gebäude der Firma DB-Schenker. 16.06: Berlin, Brandanschlag auf Fahrzeug der Deutschen Bahn. 21.06: Berlin, Brandanschlag auf Fahrzeug	der Deutschen Bahn. 22.06: Hannover, Brandanschlag auf Rosenpavillion vor BW-Sommerbiwak. 14.07: Hannover, Glasbruch und Farbe an 2 Comerzbank-Filialen. 26.07: Oldenburg, Kriegerdenkmal geteert und gefedert.
--	---	---	--

29.08: Berlin, DHL-Packstation mit Farbe markiert. 29.08: Kiel, DHL-Packstation mit Farbe markiert. 29.08: Tübingen, DHL-Packstation mit Farbe markiert. 29.08: Wuppertal, DHL-Packstation mit	Farbe markiert. 01.09: Berlin, Farbe und Glasbruch am Haus von Verteidigungspolitiker H. Königshaus. 01.09: Hamburg, Farbe und Glasbruch am Haus von Verteidigungspolitiker B. M. Sonksen.	01.09: Kiel, Farbe und Glasbruch am Haus von Verteidigungspolitiker P. Bartels. 06.09: Hamburg, Brandanschlag auf Bundeswehr-Fahrzeug. 15.09: Berlin, Brandanschlag auf DHL-Transporter. 02.10: Berlin, Glasbruch an Fahrzeug der	Deutschen Bahn. 22.10: Dresden, Brandanschlag auf Bundeswehr-Bus. 14.11: Ruhrgebiet, mehrere Kriegerdenkmäler mit Farbe markiert. 16.11: Berlin, Brandanschlag auf DHL-Transporter.
---	--	--	--

WIDERSTAND

PAZIFISMUS & ANTI-MILITARISMUS

in der BRD

historischer Kontext

Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts existierten verschiedene pazifistische Strömungen. Beispielsweise praktizierten Teile der Arbeiterbewegung die *Direkte Aktion* in Form von Kriegsdienstverweigerung, Sabotage oder Streik.

Unter dem Einfluss des ersten Weltkriegs (1914-1918) radikalisierten sich größere Teile der pazifistische Bewegung. „Krieg dem Krieg“ und „Nie wieder Krieg“, das waren die Mottos der Massenkundgebungen nach dessen Ende, die seitdem von pazifistischen und antimilitaristischen Organisationen wiederaufgegriffen werden.

Ein bedeutendes Schlaglicht zu Ende des 1. Weltkrieges war der *Kieler Matrosen Aufstand*. Durch Befehlsverweigerungen auf einzelnen Schiffen der deutschen Flotte kam es zu einer Meuterei, die wiederum in einem Aufstand mündete. Dies bildete den Impuls zum Ausbruch der *Novemberrevolution*, der zum Sturz der Monarchie in Deutschland und zur Errichtung der *Weimarer Republik* führte. Daraufhin gründeten sich die *Arbeiter- und Soldatenräte* als Organe der Selbstverwaltung, wobei anfängliche soziale und Antikriegs-Proteste mit der Parole „Frieden und Brot“ eine Rolle spielten.

Auf „Nie wieder Faschismus“, wurde das Motto der Friedensbewegung nach dem Ende des zweiten Weltkrieges (1. September 1939 - 1945) erweitert. Nach all dem Grauen, den dieser mit sich brachte, zogen überlebende Antifaschist_innen die Konsequenz: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer Welt des Friedens ist unser Ziel.“ (Schwur von Buchenwald, 1945).

1957 ging vom *Deutschen Gewerkschaftsbund* (DGB) die Initiative für den „Gedenktag 1. September“ aus. Seit dem findet jährlich an diesem Datum der *Antikriegstag* statt. In der DDR wurde dieser als *Weltfriedenstag* gefeiert.

Durch die Angriffe der USA auf Hiroshima und Nagasaki wurde einer Vielzahl von Menschen das Vernichtungspotenzial der Atombombe bewusst, was sich stark auf die Bewegung auswirkte.

Friedensbewegung ab 1945

Die Fronten der beiden Blöcke in Ost und West verhärten sich schnell. Bereits direkt nach Kriegsende gab es die Bestrebung der Besatzungsmächte Deutschland wiederzubewaffnen und in die Front des *Kalten Krieges* einzugliedern. In diesem Zusammenhang entstanden 1949 die NATO und der *Warschauer Pakt*. Ab dieser Zeit bis 1990 war der *Ost-West-Konflikt* geprägt von extremer Rüstungsproduktion. In diesem Kontext ist die Wiederbewaffnung der BRD (1956) zu sehen. Daraufhin wurde in der DDR die *Nationale Volksarmee* (NVA) gegründet. Die Teilung Deutschlands wurde damit machtpolitische festgeschrieben und das atomare Wettrüsten der beiden Machtblöcke setzte ein.

In der BRD gab es innerhalb der Bevölkerung eine breite Stimmung gegen die Wiederbewaffnung. Diese war jedoch nicht so sehr der Einsicht in das Verbrecherische des letzten Krieges geschuldet, sondern vielmehr dem Umstand der zerstörten Städte und der eigenen Lebensverhältnisse sowie des Gefühls, einen Krieg verloren zu haben („Kriegsmüdigkeit“).

Einige Aktive dieser Zeit versuchten eine Volksbefragung über die Wiederbewaffnung zu initiieren, der Staat antwortete auf alle Aktionen mit heftiger Repression. 1952 wurde auf einer Friedens-Demonstration in Essen Phillip Müller erschossen – der erste *Demotote* in der BRD.

Der *Koreakrieg* 1950 löste weltweit die Angst eines Dritten Weltkrieges aus. Dadurch intensivierte sich in vielen Teilen der Bevölkerung die antimilitaristische Grundhaltung gegen eine Aufrüstung (z.B. *Schwerter zu Pflugscharen*-Bewegung). Unter dem Eindruck der *amerikanischen Bürgerrechtsbewegungen* wurden 1960 die ersten Ostermärsche organi-

siert. Spektren übergreifend kamen hier Pazifist_innen, Rüstungsgegner_innen aus der Arbeiterbewegung und christlich-humanistischen Aktivisten_innen, unterstützt durch eine breite bürgerliche Beteiligung zusammen. Mit neue Aktionsformen (z.B. Mahnwachen, Blockaden, etc.) hatten sie zum Ziel, wenigstens die Atombewaffnung der neuen Bundeswehr zu verhindern. Durch die Kooperation dieser Strömungen miteinander und die lebhaften internen Diskussionen wurde die politische Forderung immer konkreter. Dadurch wurde sie zu einer außerparlamentarischen Sammelbewegung, deren jährliche Teilnehmer_innenzahl bis 1986 auf 300.000 stieg. Die Ostermärsche in den folgenden Jahren und bis zur Gegenwart waren fortan nur eine Demonstrationsform unter den vielfältigen Aktionen, die von der Friedensbewegung ausgingen. Viele unterschiedliche Teil-Bewegungen entstanden in dieser Zeit (z.B. die *Graswurzelbewegung*).

Einen neuen Höhepunkt erreichte die Friedensbewegung 1979-1983 im Kampf gegen die Neutronenbombe und den *NATO-Doppelbeschluss* zur Stationierung von Atomwaffen in der BRD. 1983 waren etwa 700.00 Menschen an verschiedenen Aktionen für den Frieden beteiligt. Auch die Ostermärsche dieser Zeit nahmen an diesem Aufschwung teil. Durch die *Anti-Nachrüstungs-Bewegung* wurde das Symbol der Friedenstaube in den 1980er Jahren besonders populär. Gleichzeitig entwickelte sich durch die weltweiten Studentenrevolten eine mehr aktionistische und spontanere Protestform gegen Krieg (speziell gegen den Vietnamkrieg der USA), die beispielsweise 1968 mit dem *Internationalen Vietnam-Kongress* (5000 Teilnehmer_innen) und Vietnam-Demonstrationen (15.000 Teilnehmer_innen) in Berlin ihren Höhepunkt fand.

Im Kontext des *vietnamesischen Volkskrieges* und des *antikolonistischen Widerstandes in Algerien* entstand innerhalb der deutschen Linken eine lebhafte Diskussion um die Legitimation von (nationalen) bewaffneten Befreiungskriegen und Gewaltfreiheit.

Dadurch inspiriert, bildete sich aus und in der Studentenbewegung, die Stadtguerilla-Gruppe RAF (Rote Armee Fraktion). Diese verübte mehrere Anschläge auf den mili-

20.11: Peißenberg, Kriegerdenkmal mit Farbe markiert.
08.12: Hannover, 20 Anti-militarist_innen stürmen den Reservistenabend der Bundeswehr.

2011

29.01: Berlin, Steine gegen DHL-Packstation.
05.02: München, 5000 Menschen demonstrieren gegen die NATO Sicherheitskonferenz.

23.02: Oldenburg, Brandanschlag auf Lagerhalle und 2 LKW des Versorgungszentrums der Bundeswehr.
13.03: Bochum, Bundeswehrzentrum West mit Farbe markiert.
28.04: Berlin, Brandanschlag auf 2 Fahrzeuge der Deutschen Bahn.

30.04: Berlin, Glasbruch und Farbe an Commerzbank-Filiale.
03.05: Rostock, Brandanschlag auf 7 Bundeswehr-Fahrzeuge.
08.05: Oldenburg, Anti-militarist_innen stören Bundeswehr Konzert im Schlossgarten.

tärischen Apparat von US-Army und NATO. Hier reagierte der Staat und seine bewaffnete Miliz gnadenlos – fast die Hälfte aller RAF-Mitglieder überlebten das Gefängnis nicht.

In dieser Zeit beginnt die Entwicklung zwei unterschiedlicher Betrachtungen im antimilitaristischen Widerstand: zunehmend erhält der Begriff der *militanten Gewaltfreiheit* (z.B. autonome Straßenkämpfe) Relevanz; bei vielen kommt es zu einer „Befreiung vom eigenen Gewalttabu“. Hierbei wird die eigene Radikalisierung als Fortschritt im politischen Widerstand angesehen. Die militante Aktion, nicht als Rühmung von Gewalt an sich, sondern als politische Tat erhält mehr Bedeutung. Wichtige Schlaglichter sind u.a. der Widerstand gegen die *Startbahn West* oder gegen die *Vereidigung im Bremer Weserstadion* am 6. Mai 1980 (häufig als *Geburtsstunde der Autonomen* bezeichnet). Dies wurde durch die Idee der *reduzierten Gewaltfreiheit* (z.B. ziviler Ungehorsam), bei der sich die Aktion unter das Gewaltmonopol des Staates ordnet, verurteilt. Es kam zu einer Distanzierung und zu einem Bruch in der Bewegung.

Mit der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten (1989), setzt ein verstärkter Prozess der Militarisierung in der Außenpolitik ein. Bereits 1991 fällt es der Friedensbewegung schwer auf die grundlegend veränderte Weltlage zu reagieren und eine breitere Öffentlichkeit gegen den Krieg am Golf zu mobilisieren. Unter Regierungsbeteiligung der GRÜNEN (einem Abfallprodukt der Friedens- und Umweltbewegung) begann am 24. März 1999 der NATO-Krieg gegen Jugoslawien. Erstmals seit dem 2. Weltkrieg war Deutschland wieder an einem Angriffskrieg beteiligt. Seither werden Menschenrechte zu militärischen Eingriffsrechten umfunktioniert. Durch diesen Bruch mit der Friedensbewegung veränderte sich auch der antimilitaristische Diskurs. Während das Mobilisierungspotential auf der Straße durch den Wegfall eines breiten bürgerlichen Spektrums weiter sank, erhielten radikale Forderungen, wie die generelle Abschaffung der Bundeswehr oder die Auflösung der NATO mehr Gewicht in der Bewegung. Auch

nach über 10 Jahren Afghanistan Krieg und obwohl ein Großteil der Bevölkerung diesen Einsatz (laut Umfragen) ablehnt, hat sich in Deutschland bislang keine gesellschaftlich breit aufgestellte Friedensbewegung reorganisieren können. 2009 gelang es zum 60. Jahrestag des NATO Bestehens immerhin 30.000 Menschen nach Straßburg zu mobilisieren, wo es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und militanten Antimilitarist_innen kam.

Möglichkeiten des Widerstandes

Protest

Der Widerstand gegen Krieg und Militarismus wird in der Öffentlichkeit nur wenig wahrgenommen. Es soll der Eindruck entstehen, Krieg, sowie die militaristische Zurichtung der Gesellschaft seien alternativlos. Ein Widerspruch zum herrschenden Diskurs ist nicht erwünscht. Dennoch findet dieser auf unterschiedlichsten Ebenen statt. Neben Aufklärungsarbeit, Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen wird auch immer wieder versucht aktiv in das Kriegsgeschehen, dessen Vorbereitung und Planung anti-militaristisch einzugreifen:

Blockade

„Räder müssen rollen für den Sieg!“, so ein Propaganda-Slogan der Reichsbahn zur totalen Kriegsmobilisierung 1942. Krieg ist auch heute noch auf einen gewaltigen logistischen Apparat hinter der eigentlichen Front angewiesen. Kriegsgüter und Menschenmaterial müssen transportiert, der Nachschub gesichert und die Leichen und Verstümmelten der eigenen Seite in die Heimat zurück gebracht werden. Gerät dieser Apparat ins stocken, wird auch der reibungslose Ablauf des Krieges auf dem Schlachtfeld gestört.

2008 stoppte die Antimilitaristin Hanna Poddig bei Husum einen Militärtransport indem sie sich an die Schienen kettete. Die Blockade konnte erst nach mehreren Stunden gelöst werden.

21.05: München, Brandanschlag auf Bundeswehr-Fahrzeug.	28.06: Hannover, mehrere Kriegerdenkmäler mit Farbe markiert.	05.09: Hamburg: Brandanschlag auf Gebäude der Firma Rolls Royce Marine Deutschland.	05.11: Trittau, Brandanschlag auf Gebäude der Firma Rheinmetall.
23.05: Berlin, Brandanschlag auf Kabelbrücke der Deutschen Bahn.	08.07: Hannover, 300 Menschen demonstrieren gegen das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision.	08.10: Berlin, Verteidigungsministerium mit Farbe markiert.	11.11: Wuppertal, Brandanschlag auf Fahrzeug der Firma Siemens.
27.06: Hannover, Farbe und verklebte Schlösser an Wohnung von Bundeswehr-Leutnant.	28.07: Stuttgart, Brandanschlag auf 2 Fahrzeuge der Deutschen Bahn.	10.10: Berlin, Brandanschläge auf mehrere Kabelschächte der Deutschen Bahn.	20.11: Heilbronn, Bundeswehr-Gebäude mit Farbe markiert.

Sabotage

Um 1800 warfen französisch Industriearbeiter_innen ihre Schuhe (frz: „le sabot“) in die Maschinen, um sich die benötigten Ruhepausen zu verschaffen. Diese direkten Aktionen gegen den mörderischen Leistungsdruck der entstehenden Fabrikgesellschaft wurden zum Synonym für ein politisches Kampfmittel: Sabotage – also die gewaltsame Beschädigung oder Zerstörung von Geräten, Maschinen, Infrastruktur zur Störung eines wirtschaftlichen oder militärischen Ablaufes. „Was in Deutschland abbrennt, kann in Afghanistan keinen Schaden mehr anrichten“, war die einfache Formel auf die es eine Gruppe Antimilitarist_innen brachte, nachdem sie auf dem Gelände der Heeres-Offiziers-Schule in Dresden 42 Militär-Fahrzeuge in Brand setzte. Die Zerstörung von Kriegsgewehr als Mittel der aktiven Abrüstung hat eine lange Tradition. Gleissprengungen im antifaschistischen Partisanenkampf und Sabotage durch (Zwangs-) Arbeiter_innen in der Rüstungsproduktion der NS-Kriegswirtschaft zeigen die Kontinuität eines militanten Antimilitarismus.

Desertation

Über anti-militaristischen Widerstand innerhalb der Truppe gibt es nur wenig offizielle Informationen, dennoch findet er in unterschiedlichster Form statt. Vom Hinterfragen des eigenen Tuns, der Befehlsverweigerung, über Selbstverstümmelung zur Herbeiführung der eigenen Wehruntauglichkeit, hin zur Fahnenflucht. Die für die Öffentlichkeit sichtbarste Erscheinung war bis zur Abschaffung der Wehrpflicht 2010 die (totale) Kriegsdienst-Verweigerung.

Die Bundeswehr veröffentlicht keine Zahlen zur Häufigkeit von Desertationen. In der BRD wurde das Thema während des Vietnam-Kriegs durch die hohe Anzahl fahnenflüchtiger US-Soldaten etwas präsenter.

BEISPIELE ANTI-MILITARISTISCHER KAMPAGNEN

Gebirgsjägertreffen in Mittenwald

2001 wurden Antimilitarist_innen und Antifaschist_innen auf das kleine bayrische Dorf Mittenwald aufmerksam. Seit 1957 versammeln sich dort jährlich Bundeswehrangehörige, Wehrmachtsveteranen, Alt- und Neonazis zum „Traditionstreffen der Gebirgsjäger“. Die Veranstaltung belegt eindrucksvoll die militaristische Kontinuität zur Wehrmacht des NS Regimes, in die sich die Bundeswehr stellt. Wurden die wenigen Aktivist_innen, die sich dem militaristischen Treiben auf der Alm entgegen stellten, anfänglich durchweg als „Nestbeschmutzer“ verunglimpft und mit Repressalien überzogen, etablierte sich über die Jahre ein zunehmend breiteres Aktionsbündnis gegen das Gebirgsjägertreffen. 2002 wurden bereits bundesweit Busse zu den Protesten nach Mittenwald mobilisiert. Obwohl es gelang, eine breitere Öffentlichkeit auf das alljährliche revisionistische Treiben auf der Alm Aufmerksam zu machen, hält es die Bundeswehr bis heute nicht für nötig sich von der Veranstaltung offiziell zu distanzieren. Das Gebirgsjägertreffen findet weiterhin statt.

Bombodrom

1992 beschließt die Bundesregierung in der Kyritz-Ruppiner-Heide in Mecklenburg-Vorpommern auf einem 144 km² großen Gelände, die Einrichtung eines Luft-Boden-Schießplatzes für die Bundeswehr - des sog. „Bombodrom“. Gegen dieses Vorhaben gründet sich die regionale Bürgerinitiative „Freie Heide“. Die Proteste gegen das Bombodrom erreichen ihren Höhepunkt mit einer Platzbesetzung durch mehrere hundert Antimilitarist_innen im Sommer 2007, bei der auch mehrere militärische Gebäude mit pinker Farbe umgestaltet wurden. 2008 gibt die Regierung ihre Pläne für den Bombenabwurfplatz auf.

2012

16.01: Bremen, 30 Aktivist_innen stören eine Bundeswehrveranstaltung der CDU.
22.01: Berlin, Brandanschlag auf 2 LKW der Firma MAN.
26.01: Bremen, Brandanschlag auf

Bundeswehr-Bus.
30.01: Bonn, Gesellschaft für Wehrtechnik mit Farbe markiert.
07.02: Oldenburg, Glasbruch und Farbe an Bundeswehrgebäude.
04.02: München, 2000 Menschen demonstrieren gegen die NATO Sicherheits-

konferenz.
16.03: Munster, Museumspanzer pink eingefärbt.
09.04: Bonn, Hauptsitz der Verlagsgesellschaft Mönch mit Farbe markiert.
03.05: Hamburg, Brandanschlag auf mehrere Telekom Fahrzeuge.

06.05: Hirsching/Linz (A), 7 Fahrzeuge des Bundesheeres brennen aus.
06.05: Oldenburg, Antimilitarist_innen stören Bundeswehr Konzert auf dem Rathausmarkt.
18.05: Frankfurt a.M., Amt für Flugsicherung mit Farbe markiert.

23.05: München, Brandanschlag auf 2 Telekom Fahrzeuge.
24.05: München, Glasbruch an Kreiswehersatzamt.
06.06: Hannover, Brandanschlag auf 13 Bundeswehr-Fahrzeuge.
28.06: Hannover, 100 Menschen demons-

trieren gegen das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision.
08.07: Berlin, Brandanschlag auf Bundeswehr-Fahrzeug.
08.07: Altmark, Gebäude auf Gefechtsübungszenrum mit Farbe markiert.
12.08: Oldenburg, Kreiswehersatzamt mit

Farbe markiert.
20.08 – 01.09: Hamburg, anti-militaristische Aktionswoche. Wohnhäuser von Mitgliedern des „Freundeskreises Ausbildung ausländischer Offiziere an der Führungsakademie“, sowie des Vorstands der Euler-Hermes Versicherung mit Farbe

markiert, Glasbruch und platte Reifen an Fahrzeug der Firma Siemens, Brandanschlag auf mehrere Fahrzeuge der Firma Wärtisla.
27.08: Berlin, Glasbruch und Farbe an Gebäude der Firma Imtech und am SFB700. Brandanschläge auf Fahrzeuge der Deutschen Bahn und des THW.

„comprehensive resistance“ (DHL)

2008 begann eine bundesweite Kampagne gegen das Logistikunternehmen DHL, eine 100% Tochter der Deutschen Post. Vor dem Hintergrund einer laufenden Ausschreibung über die privatwirtschaftliche Auslagerung großer Teile des Logistik-Sektors der Bundeswehr, wurde das Unternehmen unter Druck gesetzt, sich aus dem Geschäft mit dem Krieg zurück zu ziehen. Es folgten eine Vielzahl von Aktionen, die der Öffentlichkeit das Unternehmen als „Deutsche Heeres Logistik (DHL)“ bekannt machten. Plakate wurden geklebt, Briefkästen und Paket-Stationen mit olivgrüner Farbe zu „Feldpostkästen“ umgestaltet. Fahrzeuge des Firmenfuhrparks sabotiert. Die Aktionen weiteten sich auch auf den Mutterkonzern aus. Nach beachtlichen wirtschaftlichen Schäden und einem massive Imageverlust gibt DHL noch vor Beendigung der Ausschreibung am 22. November 2009 ihr Ausscheiden aus dem Projekt bekannt. DHL bleibt jedoch weiterhin Service-Partner der Bundeswehr für die Auslieferung der Feldpost (bis 50Kg). Ein Versuch mit der Kampagne in eine zweite Runde zu gehen, um das Unternehmen gänzlich aus dem Kriegsgeschäft zu drängen verlief leider im Sande.

Wanted: Krauss-Maffai-Wegmann

2012 starten Antimilitarist_innen eine „Kunst-Kampagne“ gegen das traditionsreiche Rüstungsunternehmen in Familienbesitz. Vor dem Hintergrund, dass das lukrative Geschäft mit dem Krieg in diesem Land nun einmal straffrei ist, wird im Internet, auf Plakaten und öffentlichen Aktionen eine Belohnung für Informationen aus dem Privatleben der Familie ausgelobt, die dazu taugen diese vor Gericht und schließlich hinter Gitter zu bringen. Die Kampagne führte dann auch zu einer Anzeige wegen Rufschädigung und einer Unterlassungsklage – nur halt nicht gegen Familie Wegmann. Die gesuchten befinden sich weiter auf freiem Fuß, sind bewaffnet und gefährlich.

„war starts here“

Die Kampagne "War Starts Here" ist eine europaweite offene Kampagne, die dazu einlädt, eigene Aktivitäten unter diesem Motto zu veranstalten und Krieg dort aufzuhalten, wo er beginnt. Der Aufruf zur Kampagne sagt: Markieren, Blockieren, Sabotieren. Es wird dazu aufgerufen, aktiv in die kriegerische Normalität und die zahllosen zivil-militärischen Verflechtungen einzugreifen. Der Fokus der Kampagne liegt auf der erweiterten Infrastruktur und der ideologischen Legitimierung von militärischer Gewalt. Das Vorbereiten, Üben und Koordinieren von Krieg, das Produzieren, Transportieren, Forschen, Werben und Rekrutieren für den Krieg findet direkt vor unseren Augen statt, heißt es. Doch es geht um mehr als direkt erkennbare militärische Infrastruktur. Krieg beginnt bereits in unserem Alltag und findet direkt vor unseren Augen statt: nämlich überall dort, wo Krieg legitimiert, vorbereitet, organisiert und koordiniert wird; wo das Militär mehr und mehr unseren Alltag durchdringt. Es geht nicht nur darum, das Gesicht des Krieges mit all seinen zerstörerischen und tödlichen Konsequenzen offen zu legen, sondern vor allem darum deutlich zu machen: Krieg beginnt hier und ist hier aufzuhalten. Der Kampagnenauftritt war das zehntägige internationale Friedens-Aktions-Camp im Juli 2011 in Schweden vom antimilitaristischen Ofog-Netzwerk, dem Organisationen und Initiativen aus 8 europäischen Ländern angehören. Dort wurde u.a. das Gelände von Europas größter Militär-Trainings-Flugstrecke NEAT (North European Aerospace Testrange) geentert, dortige Militärübungen gestört und als Ort des Krieges pink markiert. Seitdem gab und gibt es vielfältige Proteste und Aktionen. Das pink-farbene x gilt als Symbol der Kampagne und soll Orte markieren, wo Krieg beginnt - und sich Krieg markieren, blockieren und sabotieren lässt.

29.08: Kiel, Gebäude der Firma Imtech mit Farbe markiert. Brandanschlag auf Fuhrpark.
30.08: Kiel, Marine-Denkmal mit Farbe markiert.
01.09: Hamburg, Wohnhäuser der Verteidigungspolitiker B. Müller-Sönksen

und C. Krupp mit Farbe markiert. Brandanschlag auf Bundeswehr-Fahrzeug.
04.09: Köln, Anwaltskanzlei Oppenhoff & Partner mit Farbe markiert.
06.09: München, Brandanschlag auf 2 Telekom Fahrzeuge.
13.09: Stülzetal, Gebäude der Firma ICL

Ingenieur & Consulting mit Farbe markiert.
13.09: Lübeck, Hansehalle vor Bundeswehrepfang mit Farbe markiert.
14.09: Berlin, Brandanschlag auf Fahrzeug der Deutschen Bahn AG.
14.09: Kiel, Kriegerdenkmal mit Farbe

markiert.
15.09: Halberstadt, Wehrdienstbüro mit Farbe markiert.
16.09: Altmark, 400 Anti-militarist_innen beteiligen sich am Aktionstag gegen das Gefechtsübungszentrum des Heeres (GÜZ). Mehrere militärische Anlagen und

ein Panzer mit Farbe markiert, Glasbruch und Buttersäure an Ausbildungs-Gebäude der Bundeswehr.
17.09: Berlin, Bürogebäude der Firma Boeing mit Farbe markiert.
22.09: Hamburg, Messehalle vor Bundeswehr-Veranstaltung mit Farbe

markiert.
28.09: Berlin, Landesvertretung Sachsen-Anhalt mit Farbe markiert.
28.09: Bremen, Anti-militarist_innen stören einen Werbestand der Bundeswehr.
07.10: Gardelegen, Bundeswehr-Gleis zum GÜZ durch Unterhöhlung sabotiert.

15.10: Karlsruhe, Glasbruch an Bundeswehr-Fahrzeug.
18.10: Bremen, Kriegerdenkmal mit Farbe markiert.
18.11: Duisburg, mehrere Kriegerdenkmäler mit Farbe markiert.
19.11: Göttingen, Göttinger Tageblatt vor

Bundeswehr-Konzert mit Farbe markiert.
04.12: Freiburg, Bundeswehr-Fahrzeug mit Farbe markiert.

GefechtsÜbungsZentrum

GÜZ ALLGEMEIN

Das Gefechtsübungszentrum des Heeres / Altmark (GÜZ) ist eine der modernsten militärischen Trainingsanlagen weltweit. In der Steppe Sachsen-Anhalts üben Bundeswehr und andere NATO-Armeen das Überfallen von Ländern, die Niederschlagung von Aufständen und künftig auch den Krieg im urbanen Raum. Das GÜZ befindet sich in der Letzlinger Heide, zwischen Gardelegen im Norden und Magdeburg im Süden und erstreckt sich über eine Fläche von 320 km². Das Areal ist von einem schmalen Waldgürtel umgeben, der überwiegende Teil besteht aus Heidelandschaft. Neben der Leitzentrale, Kasernen und mehrere logistische Gebäude auf dem Areal, ist die Infrastruktur des Geländes den Gegebenheiten der aktuellen Bundeswehr-Kriegseinsätze nachempfunden: So finden sich auf dem GÜZ zum Beispiel die Nachbauten kosovarischer und afghanischer Siedlungen.

Das Gelände wird im Rahmen eines PPP vom Bund an die Rüstungsfirma Rheinmetall verpachtet, die dieses wiederum entgeltlich der Bundeswehr zur Verfügung stellt, aber auch für eigene Forschungszwecke (z.B. Drohnen-Testflüge) nutzt. Das nicht-umzäunte Areal ist als militärischer Sicherheitsbereich ausgewiesen und für den Zutritt durch Zivilist_innen gesperrt, das Hausrecht üben die Bundeswehr und ein privater Sicherheitsdienst von RM aus.

GESCHICHTE: TÜR ALTMARK

Die militärische Nutzung der Letzlinger Heide begann bereits 1934 durch die Deutsche Wehrmacht. 1936 wurde das Gebiet weiträumig entsiedelt. Die Dörfer Paxförde, Salchau und Schnöggersburg verschwanden und es entstand dort unter Ausbeutung von Zwangsarbeiter_innen ein Artillerie-Schiessplatz der 'Heeresversuchsstelle Hillersleben'. Bis 1945 erprobten die Nazis hier ihr neues Kriegsgerät (u.a. das größte jemals gebaute Geschütz „Dora“). Kurz vor Kriegsende wurden etwa 4000 bis 5000 Inhaftierte, auf der Flucht vor den Alliierten in den Landkreis Gardelegen transportiert. Bei den sogenannten "Todesmärschen" zur 'Feldscheune in Isenschnibbe' an der Nordgrenze des GÜZ

wurden knapp 400 Menschen von den Wachmannschaften erschossen. Am 13. April (einen Tag bevor die alliierten Truppen Gardelegen erreichten) wurden 1016 KZ-Häftlinge von den Nazis in dieser Scheune zusammengepfercht, und dort verbrannt oder erschossen. Nur 25 Menschen überlebten das Massaker. Nach Kriegsende übernahm zunächst die Rote Armee das Areal und stellte es später auch der NVA zur Verfügung. Das militärische Testgelände wurde zum größten Truppenübungsplatz der DDR ausgebaut und diente überwiegend dem Gefechtsschießen von Panzer- und Infanterieeinheiten, sowie als Munitionslagerstätte.

Mit der Annektion der DDR durch die Bundesrepublik, übernahm die Bundeswehr die Weiterführung des militärischen Betriebes auf dem Truppenübungsplatz in der Altmark. 1995 wurde dieser dann zum Gefechtsübungszentrum ausgebaut.

DER „HEIDE-KOMPROMISS“

In der Region werden Stimmen für die zivile Nutzung der Letzlinger Heide und gegen die Wiederaufnahme des militärischen Betriebes durch die Bundeswehr laut. 1993 gründet sich die Bürger Initiative 'OFFENE HEIDE'. Auf Druck des Protestes kommt es 1997 zum sog. „Heide Kompromiss“. Der Beschluss sieht vor, dass der südliche Teil der Colbitz-Letzlinger Heide bis 2006 in eine zivile Nutzung überführt wird und dort keine militärische Nutzung mehr erfolgen soll. Auf dem nördlichen Areal werden zudem Gefechtsübungen mit scharfer Munition untersagt. 2004 beschließt ein neuer sachsen-anhaltischer Landtag eine verändernde Vereinbarung des Kompromisses. Danach verbleibt auch der Südteil zur dauerhaften militärischen Nutzung im Eigentum des Bundes. Zur Begründung hieß es, die angrenzenden Kommunen hätten unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten eine Fortsetzung der militärischen Nutzung gewünscht. Offiziell liegen keine Erkenntnisse vor, dass der Truppenübungsplatz von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt werde.

UMWELT - ASPEKTE

Die Letzlinger Heide ist die größte zusammenhängende Heidefläche Europas. Dadurch, dass das GÜZ über viele Jahrzehnte von Zersiedelung und agrarwirtschaftlicher

Einflussnahme „geschützt“ war, hat sich im Sperrgebiet eine Artenvielfalt an Flora und Fauna erhalten, die in der Region einmalig ist. Die Bundeswehr versteht es diesen Umstand propagandistisch zu nutzen, und sich als naturverbundene Umweltschützerin zu präsentieren. Auf der anderen Seite besteht eine massive Bodenbelastung durch unzählige Tonnen an Munitionsrückstände als Folge der exzessiven militärischen Nutzung. Nach jahrelanger Bergung von Kampfmitteln durch die Bundeswehr, gilt das Gelände seit 1997 offiziell auf einer Bodentiefe von 70 cm als „Munitionsbereinigt“ (eine Aussage, die im Zusammenhang mit einer antimilitaristischen Platzbegehung 2012 in der Presse von der Bundeswehr revidiert wurde). Gleichzeitig sind die Grundwasservorkommen der Colbitz-Letzlinger Heide die Grundlage für die Trinkwasserversorgung von Magdeburg und nördlich angrenzender Landkreise der Magdeburger Börde und der Altmark. Durch die Altlasten und den laufenden Betrieb ist ein Einsickern unterschiedlicher Schadstoffe (z.B. Schwermetalle, Sprengstoffrückstände, Mineralöle) in großer Teile des Reservoirs zu befürchten. Der Konflikt aus den unterschiedlichen Interessen des Militärs, der Wasserwirtschaft und des Umweltschutzes soll durch ein regelmäßiges Grundwassermonitoring beigelegt werden, hat bisher aber noch keine Schlichtung erzielt. Anfang des Jahres 2013 reichte eine politische Partei Klage vor dem europäischen Gerichtshof gegen den Bau der Übungsstadt „Schnöggersburg“ ein. Die damit zwangsläufig verbundenen Bodenversiegelungen größerer Flächen, würde einen irreversiblen Schaden am Ökosystem der Letzlinger Heide verursachen, so die Argumentation. Ein Urteil steht bislang noch aus. Zudem befindet sich das Areal inmitten eines europaweiten Vogelschutzgebietes für Zugvögel (NATURA 2000). Der Bau von „Schnöggersburg“ hat eine in dieser zusammenhängenden Zone einmalige Ausnahmegenehmigung erhalten.

Schnöggersburg

Immer mehr Menschen leben in Städten und verarmen dort, diese räumliche Zuspitzung sozialer Ungleichheit wird zwangsläufig zu einer Zunahme von Konflikten und Auseinandersetzungen führen. Könnte diese These auch von einer beliebigen NGO stammen und in der Forderung nach mehr Gerechtigkeit münden, ist sie in diesem Fall Bestandteil des NATO-Strategiepapiers „urban operations in

the year 2020“. Ihre Lösung: die Verfeinerung urbaner Kriegsführungstechniken. Deutschland nimmt hierbei eine Vorreiterposition ein und so wird zu diesem Zweck auf dem GÜZ-Gelände eine komplette Übungsstadt gebaut. Für voraussichtlich rund 100 Millionen Euro entstehen auf mehr als 6qm Regierungsbezirk, Altstadt, Industriegebiet, Elendsviertel, Nationalheiligtum Flughafen und U-Bahn als Abbild einer beliebigen Großstadt irgendwo auf dem Globus. Der 2012 begonnene Bau soll bis 2017 abgeschlossen sein. Gefechtsübungen finden jedoch bereits in der Bauphase statt. Schnöggersburg erweist sich derweil als Exportschlager: Rheinmetall plant ein entsprechendes Projekt in noch größerer Ausdehnung für das russische Militär zu bauen.

AGDUS (Ausbildungsgerät Duellsimulator)

Unmittelbar bevor die Soldat_innen in Kampfeinsätze (z.B. nach Afghanistan) geschickt werden, durchlaufen sie eine 2-wöchige Gefechtsübung auf dem GÜZ. Die an der Übung beteiligten Personen und Waffensysteme werden dafür mit dem laserbasierten „Ausbildungsgerät Duellsimulator“ (AGDUS) aus dem Hause Rheinmetall ausgestattet. AGDUS besteht aus Sende- und Empfangsgeräten, die die simulierten „Treffer“ registrieren, sowie Unterscheidungen zwischen Verletzung/Beschädigung und Tötung/Totalausfall vornehmen. Diese Informationen werden dann an ein Netz von Empfangsstationen gesendet. Über ein Lichtwellenkabel werden die Daten in Echtzeit an das Kontrollzentrum übertragen, von wo aus die Gefechtsleitung die Übung koordiniert. Getroffene Empfänger lösen einen akustischen Signalton aus, der nur von der Zentrale aus wieder abgestellt werden kann. Die eigentlichen Waffensysteme schießen mit Manövermunition (Platzpatronen). Unterstützt wird das System während Übungen durch mehrere Teams mit einer Live-Kamera-Übertragung in die Zentrale, sowie einem eigenen GPS-Satelliten. Mit den Aufnahmen und der auf digitalen Landkarten nachgestellten Übung findet eine Auswertung direkt auf dem Schlachtfeld im mobilen Kino statt. AGDUS soll den Soldat_innen einen möglichst realistischen Gefechtsablauf ermöglichen und diese optimal auf das Töten von Menschen vorbereiten. Dass dieses spielerische „laser-game“ auch die Hemmschwelle senken könnte im Ernstfall den Abzug zu drücken, dürfte ein nicht ganz unerwünschter Nebeneffekt sein.

Drohnen sind ferngesteuerte, unbemannte Flugkörper. Es gibt sie in den verschiedensten Ausführungen, einige besitzen Tarnkappeneigenschaften, können enorme Flughöhen erreichen, tagelang unterwegs sein und dabei mehrmals die Erde umrunden. Unterschiedlich ausgerüstet, sind sie vielfältig einsetzbar: Überwachen, Suchen, Dokumentieren, Töten. Aus Reihen der Bundeswehr heißt es: Der Appetit der Politik werde abnehmen, solche Einsätze wie Afghanistan zu wiederholen, deshalb seien Kampfdrohnen künftig strategisch unverzichtbar und militärisch sinnvoll. Losgelöst von hohen Kosten und eigenen Opfern könnten Kriege so leichter führbar sein. Verteidigungsminister de Maizière sagte: „Ethisch ist ein Waffe stetes als neutral zu betrachten. Und je besser man zielen kann, um so weniger Schäden gibt es.“ Diesem Zynismus sei folgendes Beispiel entgegen gestellt: Seit 2004 gab es allein in Pakistan 3000 Tote bei US-Drohnenangriffen, davon 800 Zivilisten. Zudem findet Kriegsführung mit Drohnen im Stillen statt. Kein Parlament diskutiert und entscheidet über Drohneneinsätze. Illegale Tötungen, die keiner demokratischen Kontrolle mehr unterliegen, gehören ebenso zu dieser Technologie, wie die Grenzenlosigkeit der Einsatzgebiete. Drohnen erreichen jeden Winkel der Erde, gemütlich und hemmungslos gesteuert von „zu Hause“ aus – mit der einen Hand an der Feuertaste des Joysticks, mit der anderen in der Chipstüte, werden die Todeslisten einfach abgearbeitet. Am Ende jedes Einsatzes heißt es dann nur noch: GAME OVER, Computer aus und Feierabend. Eigene Überwachungsdrohnen sind in Deutschland schon seit langem selbstverständlich im Repertoire vorhanden. Um „deutsche Soldaten zu schützen“, drängt das deutsche Militär jedoch auf die Anschaffung bewaffneter Drohnen. Die Entscheidung hierüber wurde „aus politischen Gründen“ vorerst bis nach den nächsten Wahlen verschoben. Als „Übergangslösung“, mietet die Bundeswehr solange schlicht die Drohnen anderer Länder und setzt diese unter anderem in Afghanistan ein. Jedoch sind Know-How, Technik und der Wille zur Aufrüstung vorhanden. Derzeit entwickelt Deutschland zusammen mit Frankreich eine eigene Militärdrohne – den sogenannten "Euro Hawk" mit einer Spannweite von 40 Metern.

Unter dem Motto WAR STARTS HERE - LET'S STOP IT HERE! fand im September 2012 ein Camp gegen das Gefechtsübungszenrum (GÜZ) in der Altmark statt. In dem Camp-Aufruf heißt es: „Machen wir der militarisierten Zurichtung der Welt ein Ende!“ Neben Diskussionsrunden und Arbeitsgruppen war auch konkreter Widerstand ein benanntes Ziel: „Ebenso wollen wir praktisch vor Ort beweisen, dass wir den Krieg dort, wo er beginnt, auch aufhalten können. Uns sind in diesem Sinne alle Aktionsformen willkommen, die den laufenden Militärbetrieb markieren, blockieren, sabotieren!“ Von Anfang an war klar, dass der Platz für das Camp möglichst in der Nähe der Ortschaft Letzlingen sein sollte. Letzlingen liegt relativ zentral an der Westgrenze des GÜZ-Zentrums und bot sich aus geographischen und taktischen Gründen auch für Aktionen an. Von offizieller Seite, über örtliche Verwaltung und Politik gab es - wenn überhaupt - nur „scheinheilige“ Unterstützung bei der Platzsuche. Durch Nachbarschaftsanfragen und Tipps aus der Bevölkerung wurden zwar verschiedene Plätze gefunden, es gab aber - bis auf einen - nur Absagen. Deutlich wurde bei den Begründungen die regionale Abhängigkeit vom GÜZ. Der 17 km entfernte Notfallplatz wurde sehr bewusst erst spät von den Camp-Organisator_innen bekannt gegeben.

Am 8. September 2012, wenige Tage vor dem Campstart, erließ der Altmarkkreis Salzwedel eine Allgemeinverfügung für einen weiträumigen Bereich rund ums GÜZ: Mit 232km² GÜZ plus Umkreis die größte in der Geschichte der BRD. Sämtliche Versammlungen unter freiem Himmel sollten in diesem „Sicherheitskorridor“ untersagt werden. Als Ausnahmen wurden eine Kundgebung am Aktionstag und die angemeldete Dauermahnwache auf dem Letzlinger Marktplatz durchgesetzt.

Am Montag, den 10. September erreichte ein antimilitaristischer Treck mit LKWs, Trecker und Bauwagen den Marktplatz und begann die Mahnwache mit dem Thema „Jedes Camp braucht seinen Platz – Gegen die Militarisierung der zivilen Lebensbereiche“. Während der gesamten Woche blieb die Kundgebung auf dem Marktplatz ein Anlaufpunkt – vor allem am Aktionstag.

Am 12. September wurde der Notfallplatz außerhalb der Bannmeile bezogen: binnen weniger Stunden entstand das war-starts-here-Camp 2012 in der Colbitz-Letzlinger Heide.

Gleichzeitig fand der erste offiziell angekündigte gemeinsame Einsatz im Inneren von Polizei und Militär seit 1945 statt. Die Kontrollen waren massiv und sehr gründlich: Personenkontrollen z. T. mit Leibesvisitationen, Fahrzeugkontrollen, Beschlagnahmungen und Dauerbewachung von Campplatz und Mahnwache. Während des Aktionstages nahmen die Platzverweise zu, und 24 Leute wurden in Gewahrsam genommen.

Trotz allem wurde die Situation auf dem Camp von Teilnehmer_innen sehr positiv empfunden: „Das Camp selber hatte eine schöne Stimmung. Zum einen wurde für alles gesorgt, was ein gutes und konstruktives Camp ausmacht und zum anderen haben die Leute auf dem Camp dafür gesorgt, dass sowohl das Miteinander solidarisch und entspannend war, als auch dafür, dass das Thema des Antimilitarismus nicht zu kurz gekommen ist. Unserer Wahrnehmung nach wurden die Diskussionsveranstaltungen von vielen Leuten aktiv verfolgt und es ergaben sich interessante Diskussionsstränge und Themen.“

Weiteres zum Camp 2012 unter warstartsherecamp.org und auch zum Camp 2013!

GÜZ Aktionstag 2012

Im Rahmen des war-starts-here-Camps fand am Samstag, den 15.9.2012 ein antimilitaristischer Aktionstag bei und auf dem Truppenübungsplatz in der Altmark statt. Auf dem Marktplatz von Letzlingen und bei der Mahnwache vor der Kommandozentrale versammelten sich während des ganzen Tages immer wieder etliche Menschen, obwohl massive Polizeikontrollen die gesamten Aktionen extrem behinderten. 1000 Polizeikräfte, 500 Feldjäger, Hundestaffel, Berittene und schweres Gerät waren unterwegs, um die 400 km² große Demoverbotszone zu bewachen. Trotz allem gelang es etwa 200 Personen in kleinen und größeren Gruppen auf das Militärgelände zu gelangen und dort aktiv zu werden. Im Norden wurde ein Panzer umzingelt und mit rosa Parolen verziert. Trotz Verfolgung durch den Panzer und stundenlanger Jagd durch Feldjäger, Polizei und Helikopter konnten alle unerkannt entkommen. Das Biwak-Süd, in dem bei Manövern Soldat_innen untergebracht werden, wurde mit

pinken Farbflecken und Parolen wie „War starts here“, „Soldat_innen sind Mörder_innen“ und Buttersäure markiert. In einem Übungsdorf wurden Transparente aus den Fenstern gehängt, eine Antifa-Fahne auf dem Dorfplatz gehisst und Leichenpuppen hinterlassen. Die Musik-Aktionsgruppe 'Lebenslaute' konnte bis zur Baustelle der Aufstandsbekämpfungsstadt „Schnöggersburg“ mitten im Gelände vordringen und ein Friedenskonzert mit klassischer Musik geben. Anschließend wurden die Musikerinnen von Feldjägern aufgegriffen, stundenlang festgesetzt und in Gewahrsam genommen. Ungestört radelte eine größere FrauenLesbenTrans-Gruppe an der Grenze des Militärgeländes entlang und überklebte die Militärzonen-Schilder, um die Auswirkung von Kriegen auf das Leben von Frauen und die Lüge von der „Frauenbefreiung“ durch Kriegseinsätze zu thematisieren. Nach ihrem Störmanöver wurden bei einer anderen Gruppe einige Personen z. T. äußerst brutal von Feldjägern festgenommen. Bereitschaftspolizei, Landespolizei und Feldjäger berieten anschließend gemeinsam über ihr weiteres Vorgehen. Der (damalige) militärische Kommandant Sladczek äußerte in seiner Auswertung: „Die Zusammenarbeit verlief optimal“. Die Bürgerinitiative „OFFENE HEIDE“ pflanzte bei der Mahnwache vor der Kommandozentrale einen Baum und gedachte ihrer verstorbenen Mitbegründerin Erika Drees. Auf der Bundesstraße B 71 bildete sich eine Spontandemonstration gegen die Polizeikontrollen. Die Demo wurde schnell gekesselt und es kam zu mehreren willkürlichen und brutalen Festnahmen. Insgesamt gab es 137 Platzverweise.

Der Aktionstag gegen das GÜZ Altmark war ein voller Erfolg. Antimilitarist_innen aus unterschiedlichen Spektren haben sich mit ihren Aktionskonzepten wunderbar ergänzt. Das GÜZ konnte wie angekündigt „geentert“ und der Übungsbetrieb gestört werden. Auch das „Umgestalten“ war durch die zahlreichen Markierungen von Gebäuden, Fahrzeugen, Schildern erfolgreich. Das geplante Zusammentreffen der verschiedenen Aktionsgruppen auf dem Gelände konnte nicht erreicht werden, die Entfernungen der einzelnen Gruppen zueinander auf dem 230km²-Platz waren zu groß. Die Panzerbrigade des Manövers hatte das Übungsziel: „Verhalten im Falle eines Angriffs aus dem Hinterhalt.“ Die Soldat_innen wurden nach Abschluss des Manövers nach Afghanistan verlegt. Der rosa Panzer kam in die Werkstatt und wurde wieder sauber geputzt.



LASST UNS AN DIE DISKUSSIONEN UND ERFOLGREICHEN AKTIONEN VOM LETZTEN JAHR ANKNÜPFEN: 21.-29.07.13 - ALTMARK

WAR STARTS HERE CAMP

LET'S STOP IT HERE



INTERNATIONALES DISKUSSIONS- UND AKTIONSCAMP

21. - 29.7.13

GEGEN DAS GÜZ
(GEFECHTSÜBUNGSZENTRUM)

BEI MAGDEBURG

www.warstartsherecamp.org



STÖRMANÖVER an der HEIMATFRONT

Auch dieses Jahr wird es ein internationales WarStartsHere-Camp gegen das Gefechtsübungs-zentrum (GÜZ) in Sachsen-Anhalt geben. Vom 21. - 29. Juli sind alle eingeladen gemeinsam antimilitaristisch zu campen, diskutieren und Aktionen zu starten.

Das Camp richtet sich allgemein gegen jeden Krieg und die fortschreitende Militarisierung der Politik, der gesellschaftlichen Bereiche und des Alltags. Im Speziellen richtet sich unser Camp gegen das in der Altmark angesiedelte GÜZ und dessen besondere Bedeutung. Das GÜZ ist der modernste Militär-Übungsplatz Europas. Hier wird jetzt mit "Schnögersburg" eine Übungsstadt gebaut, in der Bundeswehr und NATO-Armeen für weltweite Kriege und Aufstands-bekämpfung im urbanen Raum trainieren.

Das Camp stellt sich in den Kontext der europaweiten Kampagne "WAR STARTS HERE", in deren Rahmen auch in Deutschland bereits zahlreiche antimilitaristische Aktionen erfolgreich stattgefunden haben.

Sie ruft dazu auf, aktiv einzugreifen in die kriegerische Normalität und die zahllosen zivil-militärischen Verflechtungen und sich der herrschenden Kriegspolitik aktiv entgegen zu stellen.

MARKIEREN
BLOCKIEREN
SABOTIEREN